
FDP Fulda

HELGE MÜHR: FACHAUSSCHUSS TAGTE ZU OPEN GOVERNMENT, OPEN DATA UND OPEN SOURCE

19.10.2023

In der letzten Ausschusssitzung informierte sich der Fachausschuss für Digitalisierung, Wirtschaft und Verkehr (DWA) unter dem Vorsitz von Helge Mühr (FDP) über den Fortschritt bei der Entwicklung einer **Open Data Plattform** für die Stadt Fulda.

Hauptamtsleiter der Stadt Fulda Lothar Happ präsentierte den Stand der interkommunalen Zusammenarbeit (IKZ) mit den Städten Gießen, Limburg, Marburg, Offenbach und Wetzlar.

Von speziellem Interesse des Ausschusses war das Projekt „**Open Smart City**“. Hier wollen die IKZ-Kommunen Datenbestände systematisch erheben und für Stadt und Gesellschaft nutzbar machen. "Dies erfolgt durch die Konzeption und den Aufbau eines Open Smart City Ökosystems, das an den Zielen der Stadtentwicklung orientiert eine nachhaltige Datennutzung für Stadt und Gesellschaft etablieren soll" erklärte Happ. "Kernelemente werden ein **Open Data-Portal** sowie eine Open Smart City App sein", so Happ weiter.

Bessere Daten führen zu besseren Entscheidungen

Mühr merkte an, dass mit der Datenerfassung eine **Dateninventur** einhergehen müsse, die Prozesse und Datenqualität erfasse. Die Daten müssen korreliert und aggregiert werden, so dass aussagekräftige Kennzahlen zu nutzbarer Information werden.

Die gewonnene Information müsse zukünftig als Grundlage von Sachentscheidungen transparent herangezogen werden und bildet so eine wichtige Basis für die Zukunft unserer Gesellschaft.

Deutschland wird Schnittstellenweltmeister

"Unser föderales System, dass allen Kommunen freistellt, welche Software, Datenbanken und Fachanwendungen sie nutzen wollen, hat Deutschland einen bunten Strauß technischer Lösungen beschert. Damit all diese unterschiedlichen Systeme ihre Daten auf unterschiedlichen Datenplattformen in einheitliche Datenstandards nutzbar machen können, müssen sehr viele individuelle Schnittstellen entwickelt werden", führt Mühr weiter aus.

Der Ausschuss war sich einig darüber, dass versucht werden soll, eine einheitliche Lösung zu finden, die von allen IKZ-Kommunen beschafft werden kann. Das könnte sowohl die Beschaffungs- und Betriebskosten mindern, als auch das benötigte Personal für die Entwicklung der Anwendungsfälle und die dafür benötigten Schnittstellen. Die Mitglieder des Ausschusses interessierten sich neben der Datenoffenheit auch für die Datensicherheit und wer über die Freigabe von Daten am Ende entscheidet. Dabei wurde klargestellt, dass die Stadt selbst die Sensibilität von Daten prüfe und der hausinterne Datenschutzbeauftragte diese freigeben muss. Im Übrigen ist auch die Stadt Fulda an die Datenschutzgrundverordnung (DSGVO) gebunden und wahrt die Persönlichkeitsrechte.